

II-544 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 272 /J

1983 -10- 24

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.LEITNER, Dr.KEIMEL, Dr.LANNER, PISCHL,
WESTREICHER, Dr.KHOL,
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Fahrtgenehmigungen für LKW nach Deutschland

Im Informationsblatt des Institutes für Förderalismusforschung heißt es: "An Tirols Grenzen standen vor kurzem LKW-Räder still; der Grund: ein neuer Beamter im Bundesministerium für Verkehr, ein neuer Vergabemodus des Ministeriums für die Genehmigungen für den grenzüberschreitenden Straßenverkehr zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland .

Das Ergebnis: Ca. 150 Unternehmer konnten ihre Transporte in die Bundesrepublik Deutschland nicht oder nur verspätet abwickeln, ein gewaltiger Schaden für die Tiroler und damit für die gesamte österreichische Wirtschaft. Bisher wurden saisonal bedingte Engpässe bei der Vergabe der Transportgenehmigungen durch Vorgriffe auf das Tirol zustehende Jahreskontingent aufzufangen, die in "Flautemonaten" wiederum ausgeglichen werden konnten. Diese, den örtlichen Bedürfnissen angepasste Vorgangsweise ist nach Ansicht des neuen Abteilungsleiters im Verkehrsministerium unzulässig."

Für den Transport nach und durch Deutschland stehen den vielen österreichischen Transportunternehmen 230.000 Fahrtenehmigungen pro Jahr zur Verfügung. Tirol erhält als wichtigstes Grenz- und Transitland davon nur 39.400.

Seit der Umstellung von Tages- auf Fahrtengenehmigungen im Jahre 1978 gab es trotz stark steigenden Verkehrsaufkommen nur einmal eine geringfügige Aufstockung der sogenannten "roten Karten".

Die Transportunternehmer Tirols haben die Öffentlichkeit durch eine Demonstration mit 200 "Giganten der Straße" auf ihre schwierige Lage aufmerksam gemacht, die so genannt wurde: Es gibt derzeit viele Aufträge, die Transporte nach Deutschland können aber nur zum Teil oder verspätet durchgeführt werden, weil die Fahrtgenehmigungen fehlen. Das bedeutet, daß die Fernfahrer um ihren Arbeitsplatz bangen und von den Firmen teure LKW nicht genutzt werden können. Der Bundesminister für Verkehr hat für den Mangel an Fahrtgenehmigungen das Amt der Tiroler Landesregierung verantwortlich gemacht, obwohl sein Ministerium für die Beseitigung des Engpasses zuständig wäre.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Verkehr nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Sind Ihnen die Vorschläge, welche Transportunternehmer zur Beseitigung der Schwierigkeiten gemacht haben, bekannt?
- 2) Werden Sie veranlassen, daß kurzfristig in den Monaten einer guten Auftragslage mehr Genehmigungskarten auf Kosten des künftigen Kontingentes ausgegeben werden?
- 3) Werden Sie für eine vollständige Ausnützung der Fahrtenehmigung in der Weise sorgen, daß nicht in Anspruch genommene Landeskontingente den Tiroler Transportunternehmen zur Verfügung gestellt werden?
- 4) Wann wurden das letzte Mal Verhandlungen zwischen der österreichischen und der deutschen Regierung zur Aufstockung des Kontingentes für Fahrtengenehmigungen geführt?
- 5) Werden Sie ehestens mit der Bundesrepublik Deutschland zielführende Verhandlungen zur Aufstockung der Fahrtenehmigungen aufnehmen?
- 6) Wenn nein, warum nicht?